

Erbschaftssteuer-Initiative: wirtschaftsfeindlich und verfassungswidrig!

Mit ihrer Volksinitiative wollen linke Parteien eine Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen einführen, um die AHV finanziell zu unterstützen. Dabei sind in der Schweiz Einkommen und Vermögen bereits heute genug besteuert. Die Erbschaftssteuer würde jeden verdienten Franken ein weiteres, drittes Mal besteuern – eine Ungerechtigkeit gegenüber allen Angestellten und Sparer!

Die Initiative «Millionen-Erbschaften für unsere AHV besteuern (Erbschaftssteuerreform)» hilft der AHV nicht. Im Gegenteil: Wichtige und notwendige Reformen werden verzögert, dem Mittelstand Milliardenbeträge abgenommen, während die staatliche Altersvorsorge dadurch keineswegs gesichert wird. Hart treffen wird das linke Begehren vor allem Unternehmen. Mit der Erbschaftssteuer müssen KMU und Familienunternehmen bei der Nachfolgeregelung neu hohe Steuerbeträge bezahlen. Das bringt diese Unternehmen in ernsthafte Liquiditätsprobleme und führt insbesondere bei der Nachfolgeregelung zu existenziellen Schwierigkeiten. Hinzu kommt zu-

sätzlich der Umstand, dass die Initiative gar nicht als gültig erklärt werden dürfte. Ein kürzlich publiziertes Rechtsgutachten von Prof. Dr. Pierre-Marie Glauser von der Universität Lausanne stellte fest, dass die Erbschaftssteuerinitiative gegen den Grundsatz der Einheit der Materie verstösst. Das Begehren fordert die Einführung einer neuen Steuer, greift in die kantonale Steuerhoheit ein (viele Kantone haben die Erbschaftssteuer per Volksentscheid abgeschafft) und führt zu einer Umstellung bei der Finanzierung der AHV. Damit werden gleich drei unabhängige politische Forderungen in einer Initiative vereint. Der Bund der Steuerzahler fordert deshalb den Bundesrat und die Eidgenössischen Räte auf, die Erbschaftssteuer-Initiative für ungültig zu erklären.

Die Schaffung von neuen und höheren Steuern, Abgaben und Gebühren schadet dem Wirtschaftsstandort Schweiz. Wegen den unsicheren Perspektiven in der Weltwirtschaft sind gute Rahmenbedingungen für Schweizer Unternehmer ein wertvolles Gut. Der Druck auf unser Land nimmt immer mehr zu. Zuwanderer

aus dem EU-Raum belasten unsere Sozialwerke immer stärker, ohne jedoch vorher Beiträge in die Sozialversicherungen einbezahlt zu haben. Im Hinblick auf die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit dem jüngsten EU-Mitglied Kroatien wollen Sozialdemokraten und Gewerkschaften ihre Zustimmung mit weiteren wirtschaftsfeindlichen und bürokratischen Forderungen verknüpfen. Verlierer sind Arbeiter, Unternehmer und – wegen tieferen Steuereinnahmen – auch der Staat selbst. Dadurch steigt der Druck, weitere, neue Steuereinnahmequellen zu erschliessen.

Der Bund der Steuerzahler bekämpft diese Negativ-Spirale. Mit dem BDS haben Sie einen verlässlichen Vertreter für die Interessen der Steuerzahler an Ihrer Seite. Wir werden uns gegen Fehlplanungen und Steuererhöhungen mit aller Kraft zur Wehr setzen! Unterstützen Sie unsere Aktivitäten mit Ihrem Beitritt zum Bund der Steuerzahler und/oder eine Spende. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung!

Thomas Fuchs,
Geschäftsführer BDS Schweiz



Bund der Steuerzahler Ägeri Aktuell

Juni 2014

Kommentar zur Urnenabstimmung Hallenbad "Ägeribad" vom 22. Juni 2014:

«Ägeribad»: Grössenwahn stoppen!

Dass sich Politiker mit masslosen Bauprojekten heillos übernehmen, lässt sich aus der Geschichte immer wieder beobachten.

Der Turmbau zu Babel ist nur eines von vielen Beispielen. Besonders nachdenklich stimmt, dass ein grandioses Scheitern mit Bauverzögerung und Kostenexplosion in erster Linie öffentliche Bauten betrifft. Anders als bei privaten Projekten haben dort parteipolitisch besetzte Gremien das Sagen. Politiker sind fachlich schnell überfordert. Das wäre weiter nicht so schlimm, würden sich Politiker mit Blick auf die kommenden Wahlen nicht Kompetenzen anmassen, die sie nicht besitzen. Der Dummheit ist nachträglich immer der Steuer-

zahler, der die Rechnung bezahlen muss. Vor allem gilt es, das zahlende Wahlvolk nicht mit falschen Versprechungen und schönen Bildern zu blenden.

Ein 36 Millionen Franken teures Bäderprojekt für nur 14'000 Einwohnern (!) im Ägerital muss ernsthaft hinterfragt werden. In den kommenden Wochen werden die Stimmberechtigten von Interessengruppen mit einer Flut von Leserbriefen und Propaganda konfrontiert. Sachliche Argumente und Fakten, die gegen den Bau des Luxusprojekts Ägeribad sprechen, drohen unterzugehen. Warnungen werden schlicht überhört. Es könnte bei einem Ja zum teuren Bäderprojekt Äge-

ribad ein böses Erwachen geben. Wollen wir unseren Nachkommen einen Schuldenberg hinterlassen?

Am 22. Juni 2014 haben Sie es in der Hand, diesen Grössenwahn zu stoppen. **Stimmen auch Sie Nein zum Luxusprojekt Ägeribad.** Danke!



Ernst J. Merz,
Unterägeri

Jetzt Mitglied beim BDS werden!

Der Bund der Steuerzahler (BDS) kämpft für einen sparsamen und haushalterischen Umgang mit Steuergeldern, für die Reduktion der Steuerlast und für eine Vereinfachung der Besteuerung. Damit wir unsere Ziele erreichen können, sind wir auf Mitstreiter angewiesen. Werden Sie jetzt Mitglied beim BDS, um unsere Anliegen zu unterstützen. Vielen Dank!

Ich will Mitglied werden!

- Einzelmitglied (Fr. 35.- / Jahr)
- Ehepaar (Fr. 50.- / Jahr)
- Firma (Fr. 100.- / Jahr)
- Sympathisant (freie Spende)
- Ich möchte den BDS finanziell unterstützen! Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein.



Firma _____

Vorname / Name _____

Strasse / Nr. _____

PLZ / Ort _____

Telefon / Natel _____

E-Mail-Adresse _____

Talon ausschneiden und einsenden an:

Bund der Steuerzahler (BDS)
Geschäftsstelle Zug
Ernst J. Merz
Postfach 444
6301 Zug

PC-Konto: 80-7627-7
www.bds-schweiz.ch

BDS Ägeri 2014

Millionenpleite am Ägerisee?

Die Gemeinden Unter- und Oberägeri wollen gemeinsam ein Bäderprojekt auf der Wiese neben dem Oberägerer Strandbad realisieren. Das ambitionierte Ägeribad löst gemischte Gefühle aus. Von einer «Touristenattraktion» und von einem unnötigen Luxusbad ist die Rede. Das jährliche Defizit dürfte über eine Million Franken betragen. Geht das Hallenbadprojekt wegen den zu hohen Kosten von 36 Mio. Franken am 22. Juni 2014 (Urnenabstimmung) baden?

Im Ägerital kennt man die Warnung vor der Schlacht am Morgarten von 1315: «Hütet euch am Morgarten!» Und man kennt die Warnrufe, wenn im Ägerital wieder einmal ein Grossprojekt der Politiker zur Urnenabstimmung ansteht. Zur Erinnerung: Das

masslose Projekt «Acher 2000» (unterirdische Sporthalle), Schulhaus Acher, Unterägeri erlebte damals aus Kostengründen ein Debakel und wurde an der Urne klar abgelehnt. An seiner Stelle wurde vernünftigerweise die Schulanlage Schönenbühl mit Sporthalle realisiert. Mehr Glück hatte der Gemeinderat Unterägeri beim Stimmvolk mit dem Projekt Werkhof-Oekihof mit Baukosten von sage und schreibe über 21 Mio. Franken. Dass ein Werkhof für weniger als 10 Mio. Franken zu haben ist, beweist aktuell die Gemeinde Menzingen, welche ein Werkhofprojekt plant. Als Nehmergemeinde kassiert die «arme» Gemeinde Unterägeri jährlich rund 16 Mio. Franken aus dem Zuger Finanzausgleich (ZFA). Dem Gemeinderat Unterägeris würde in Sachen Bauprojekten mehr Bescheidenheit gut anstehen. Bei

einem Ja zum Bäderprojekt ist zu befürchten, dass weitere dringendere Projekte in Unterägeri, u.a. das «Haus an der Lorze» (Verwaltungsgebäude) auf lange Sicht nicht realisiert werden können.

Willkommen in «Ägeribad»
«Das geplante Bäderprojekt Ägeribad könnte das Tal touristisch weiterbringen», so Präsident Hansruedi Albisser vom Verkehrsverein Unterägeri. «Mit dem Ägeribad würde unsere Destination einen «Leuchtturm» erhalten», schwärmt Albisser weiter. «Touristisch wäre ein Hallenbad aber interessant. Meines Wissens gibt es im gesamten Alpenraum kein Hochtal auf über 700 Höhenmeter, das am eigenen See über ein zeitgemässes Hallenbad verfügt», so der Präsident weiter.

>> Fortsetzung Seite 2

Merke: Das Ägerital ist nicht mit den Touristendestinationen Leukerbad, Davos oder Lenzerheide vergleichbar. Die Gemeinde Leukerbad baute vor Jahren das «Bürgerbad» und ging pleite! Der Fall Loretan/Leukerbad lässt grüssen...

Hünenberg, das kein Hallenbad hat, liefert ein gutes Argument: «Für Hünenberg ist ein Hallenbad kein Thema», sagt Gemeindepräsidentin Regula Hürlimann. Der Grund: **zu teuer!** Ausserdem gebe es ja einen eigenen Seeanstoss (Strandbad). Empfehlung: Vielleicht können die beiden Verkehrsvereine über eine Fusion der Gemeinden Unter- und Oberägeri diskutieren und dann gemeinsam über eine Touristendestination «Ägeribad» träumen. «Willkommen in Ägeribad hell!» Ein gelungenes Fasnachtssujet für 2015...

Scheitert das Bäderprojekt an den (zu) hohen Kosten?

Zu Beginn rechneten die Verantwortlichen mit Baukosten von 21 Mio. Franken für das Bäderprojekt. Innert fünf Jahren sind es schliesslich 36 Mio. Franken geworden. Aus einem reinen Sporthallenbad ist ein Luxusbad mit Warmwasseraussenbecken, Rutschbahn und Wellnessanlage geworden. Das hat aber seinen Preis! Ein kostengünstigeres Projekt – ein

«Ägeribad light» – als Alternative wurde leider nicht in Erwägung gezogen! Es gibt kein öffentliches Hallenbad, das rentiert, versucht Thomas Spengler, Bäderfachmann zu relativieren. Wie hoch darf das jährliche Defizit also sein? Welches sind die Betriebs- und Folgekosten für uns Steuerzahler? Die Kosten können hoch sein, wie ein Blick auf das vergleichbare Schwimmbad Lättich in **Baar** zeigt. Im Jahr 2012 betrug das **Defizit dort 1'530'000 Franken**.

In **Rotkreuz** (Risch), der neuen «Boomtown» im Kanton Zug, wurde über ein Hallenbad diskutiert. «Für ein neues Hallenbad müsste mit Kosten von mindestens 20 Mio. Franken gerechnet werden, ganz zu schweigen von den jährlichen Folgekosten von rund einer Million», sagt Gemeindepräsident Hausherr. Mittel, die im Finanzplan Rischs für die kommenden Jahre nicht verfügbar seien: Also: «kein Hallenbad!» Für das Ägeribad soll das jährliche Defizit dagegen nur rund 40'000 Franken betragen? Hütet euch am 22. Juni!

Gibt es genügend Parkplätze?

Vor dem Ägeribad sind nur 60 Parkplätze geplant. Es wird täglich rund mit 400 Besuchern gerechnet, d.h. pro Jahr 130'000 Personen (ohne Schulsport). Die Badebesucher werden auf die Parkplätze im Dorf ausweichen müssen. Dann stünden den Geschäftskunden und dem Gewerbe

nicht genügend Parkplätze zur Verfügung. Viele Kunden werden auf die Läden in Unterägeri ausweichen, auf Kosten der Oberägerer Geschäfte.

Ein Leserbriefschreiber aus Oberägeri kritisiert: «Dass ein erheblicher Teil der wöchentlich rund 2'300 Badegäste mit dem Bus (ÖV) anreise, ist ohnehin eine Illusion. Die Suchfahrten der Besucher werden sich im Dorfkern abspielen. Die Aussicht auf übermässig zunehmenden Verkehr in unserem Dorfkern bleibt bestehen. Das Ägeribad bringt uns keinen Mehrwert und ist deshalb abzulehnen.»

Was passiert bei einem Nein zum Ägeribad?

«Sollte zum Beispiel das Hallenbad nicht kommen, könnte die Gemeinde Unterägeri mit den Steuern runter», so Gemeinderat Josef Iten-Nussbauer (*Zuger Presse*, 9. Januar 2013). Dies die gute Nachricht für uns Steuerzahler bei einer Ablehnung.

Die «Neue Zuger Zeitung» prognostizierte im Dezember 2013 für das Jahr 2014: Das Ägeribad wird nicht gebaut. Die Oberägerer, die sich das Bäderprojekt leisten könnten, werden es am 22. Juni an der Urne versenken. Da nützt auch das Ja der vergleichsweise «armen» Unterägerer nichts.

Fazit: Lieber geht das Luxusbad am 22. Juni baden als wir Steuerzahler

Braucht es neue Hallenbäder im Kanton Zug?

Die Zuger Hallenbäder sind gut besucht und stossen teilweise an ihre Kapazitätsgrenzen. In Oberägeri werden die Schulkinder mit dem Schulbus nach Rothenthurm ins Schwimmbad «verfrachtet» (Ägeritaler, Ausgabe 2/2014)! Der SC Frosch Aegeri möchte seine Trainings und Wasserballspiele im Ägerital statt auswärts durchführen. Wie sieht die Situation im Kanton Zug betreffend Hallenbädern aus?

Vier öffentliche Hallenbäder stehen den Einwohnern des Kantons Zug zur Verfügung. Die Stadt Zug hat zwei

Hallenbäder (Herti und Loreto). Ein Hallenbad befindet sich in Cham (Röhrliberg) und ein weiteres in Baar (Lättich). Der Ruf nach einem fünften Hallenbad wird immer lauter. Neuerdings ist die Politik auf dieses Thema wieder aufmerksam geworden. Hier eine kurze Übersicht in den anderen Zuger Gemeinden.

Steinhausen: In einer aktuellen Interpellation dreier Kantonsräte werden Fragen gestellt, wie es mit der Infrastruktur in Sachen Hallenbad in Steinhausen aussieht. Ein neues Hallenbad könne sich Steinhausen finanziell **nicht leisten**. «Momentan

können wir die Schulkinder teilweise in einem privaten Hallenbad einmieten», so der Gemeinderat in einer Stellungnahme.

Hünenberg: In Hünenberg, das ebenfalls kein Hallenbad hat, ist Improvisation Trumpf. Unsere Schulkinder benutzen das private Hallenbad Moos, die Gemeinde beteiligt sich an den Betriebskosten. Für Hünenberg ist ein eigenes Hallenbad kein Thema, so Gemeindepräsidentin Hürlimann. Grund: **zu teuer** für die Gemeinde! Ausserdem gebe es ja einen eigenen Seeanstoss (Strandbad).

Nach BDS-Initiative: Goldene Fallschirme gehören abgeschafft!

Während die «Minder-Initiative» mit den Abgangsentschädigungen in der Privatwirtschaft aufräumen will, gedeihen die «goldenen Fallschirme» (Abgangsentschädigungen) beim Staat. Die Kreativität der Politiker und Profiteuren im öffentlichen Dienst ist vielfältig. Der Zuger Stadtrat muss dank der angenommenen BDS-Volksinitiative auf solche Privilegien verzichten.

Die Zuger Regierungsräte können bereits nach einer Amtsperiode von nur vier Jahren mit einer Abgangsentschädigung von zwölf Monatsgehältern rechnen. Ein Regierungsrat verdient mit Spesen und Entschädigungen



gegen 300'000 Franken pro Jahr. Die Abgangsentschädigung wird auch bezahlt, wenn ein Regierungsrat freiwillig zurücktritt oder sich vorzeitig pensionieren lässt. So liess sich ein ehem. FDP-Regierungsrat nach der Wiederwahl in den Zuger Regierungsrat nach nur einem Amtsjahr in das Bundesparlament wählen. Ein Politiker verdient z.B. im Ständerat pro Jahr rund 160'000 Franken. Zudem kassierte der abgetretene Regierungsrat die Abgangsentschädigung von 150'000 Franken, d.h. mehr als 300'000 Franken (!) im gleichen Jahr. Das Arbeitspensum beträgt für einen Bundesparlamentarier dagegen rund 50 Prozent.

Die von der Staatskasse ausserordentlichen Sparbeiträge in die Pensionskasse von jährlich 73'000 Franken sollen dagegen in Zukunft wegfallen. Die Rentenleistungen der Pensionskasse für Regierungsräte sind bereits grosszügig bemessen.

Dank der Volksinitiative des BDS «Schluss mit goldenen Fallschirmen für Stadträte – Nein zu überteuerten Abgangsentschädigungen», welche im September 2009 vom Volk angenommen wurde, sind solche Privile-

gien für Stadträte Vergangenheit. Trotz dem klaren Wortlaut im Initiativtext: «Die vorstehenden Änderungen des Besoldungsreglements treten mit der Annahme (im Jahr 2009) der Initiative in Kraft», kassierte ein freiwillig zurücktretender Stadtrat weitere 18 Monate 10'000 Franken pro Monat. Zusammen mit den Sozialbeiträgen (AHV, BVG) kostete die vorzeitige Pensionierung mit 60 Jahren dieses FDP-Politikers die Steuerzahler über 200'000 Franken. Da nützten die Beschwerden gegen die Missachtung des Volkswillens weder beim Kantonsgericht noch beim Bundesgericht in Lausanne nicht viel. Die Politiker und Profiteure begründen die goldenen Fallschirme damit, sich gegen «Berufsrisiken» und «wirtschaftliche Notlagen» abzusichern. Das tönt nach einer Vollkasko-Versicherung auf Kosten der Steuerzahler! Wer als Stadtrat oder Regierungsrat gut qualifiziert ist, findet in der Regel leicht wieder eine gut bezahlte Stelle. Hohe Abfindungen sind deshalb unnötig! Es gibt keinen Grund, frühere Regierungs- und Stadträte – die während ihrer Tätigkeit viel verdient haben – gegenüber uns Bürgern und Steuerzahler privilegiert zu behandeln.

Risch/Rotkreuz: In der «Boomtown» Rotkreuz ist ebenfalls in Zukunft wenig zu erwarten, was ein neues Hallenbad anbetrifft. Ein neues Hallenbad könnte wohl ein Bedürfnis sein. «Allerdings müsste man mit Kosten für ein neues Bad in der Höhe von mindestens 20 Mio. Franken rechnen, ganz zu schweigen von den jährlichen Folgekosten von rund einer Million Franken», sagt Gemeindepräsident Hausherr. Finanzielle Mittel, die für die kommenden Jahre nicht verfügbar seien. Also auch hier: «Kein Hallenbad!»

Menzingen: Verfügt über ein Hallenbad, das aus Kostengründen **seit Jahren «trockengelegt»** ist. Ebenfalls aus Kostengründen hat Menzingen entschieden, sich nicht finanziell am Projekt «Ägeribad» zu beteiligen.

Kanton Zug: Bei dieser Ausgangssituation stellt sich nun folgende Frage: Müsste nicht der Kanton betreffend Bäderbau einspringen? Schliesslich hat sich der Kanton mit 3 Mio. Franken für das Eisstadion (Bosard-Arena) in Zug engagiert. Warum also keine finanzielle Unterstützung für ein Hallenbad? Der Zuger Regierungsrat: «Im Rahmen des ZFA (Zuger Finanzausgleich) herrscht der Grundsatz, dass die Gemeinden die Infrastrukturen selbst bereitstellen.»

SC Frosch Ägeri: Liebe Sportsfreunde: Wasserball ist ein Randsport (im Gegensatz zu Fussball). Ist es die Aufgabe der Steuerzahler, zusätzlich Millionbeiträge für einen einzigen Verein bereitzuhalten? Was sagen die anderen Vereine, die wenig bis gar keine Unterstützung von der Gemeinde erhalten? Ist eine Fahrt ins Hallenbad Lättich in Baar von ca.

20 Minuten für Trainings zumutbar? Für den Diskobesuch am Wochenende fahren die jungen Leute ohne Murren nach Luzern und Zürich und beklagen sich nicht, wenn sie spät nach Hause kommen...



Impressum

Bund der Steuerzahler (BDS)
Geschäftsstelle Zug
Ernst J. Merz
Postfach 444, 6301 Zug

Redaktion:
Ernst J. Merz, Unterägeri
Thomas Fuchs, Geschäftsführer BDS

www.bds-schweiz.ch
PC-Konto: 80-7627-7